

Trotz Protesten:

Die Hasina-Regierung sitzt nach zwei Jahren Amtszeit sicher im Sattel

von Ahmed Fazl

Die säkular orientierte Regierung von Premierministerin Sheik Hasina hat am 23. Juni ihr zweijähriges Amtsjubiläum begangen. Das Ereignis wurde mit einer feierlichen Zeremonie gestaltet, indem die Regierungschefin eine der längsten Flußbrücken der Welt einweihte. Das war ein effektvoller Beweis für den schon hohen Entwicklungsgrad des Landes Bangladesh, angesichts zahlloser Menschen die noch immer am Rande des baren Überlebens ihr Dasein fristen müssen.

Während der zurückliegenden 24 Monate sah sich die Regierung Hasina manchen politischen Stürmen durch die große Oppositionspartei, der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), ausgesetzt. Die BNP heizte die Bevölkerung immer wieder zu Straßenprotesten an. Normalerweise läßt eine so konsequent praktizierte Zermürbungstaktik eine amtierende politische Führung zerüttet und frustriert zurück. Doch diesmal scheint letztere sogar gestärkt; denn der Versuch der Opposition, die allgemeine Stimmung gegen die Regierung mit dem Verweis auf deren Friedensvertrag mit den früheren Stammes-Rebellen zu entfachen, ist gescheitert. Die politischen Kontrahenten Hasinas gingen daraus paralysiert hervor, und die Hasina-Administration wird mutmaßlich ihre fünfjährige Legislaturperiode bis zum Jahr 2001 komplettieren können. Nun muß die BNP-Führerin Begum Khaleda Zia andere Themen finden, um gegen Hasina zu agitieren.

Die Regierung hat mit den 'Shanti Bahini Stammesrebellten' ein Abkommen zur Beilegung des Konflikts in den "Chittagong Hill Tracts" vereinbart, der 14.000 Menschen - die meisten von ihnen unbeteiligte Zivilisten - das Leben gekostet und viele Tausend Stammesfamilien zu Flüchtlingen gemacht hat. Als Gegenleistung für den Frieden in den Bergen entlang der Grenze zu Myanmar sieht der Vertrag eine begrenzte regionale Autonomie für drei Berg-Distrikte vor, die in toto ein Arsenal von 5.000 Quadratmeilen umfassen, ein spezielles Landbesitzvorzugsrecht für die einheimische Stammesbevölkerung und einen Siedlungsstopp für die Angehörigen der ethnisch-muslimischen Bengal-Mehrheitsbevölkerung aus den Ebenen.

Die Mehrheit der Führer der rechtsgerichteten ultra-nationalistischen BNP

und ihre islamisch-fundamentalistischen Verbündeten glauben, daß die führende 'Awami League' die Verfassung des Landes verletzt und damit den Weg ebnet für noch stärkere secessionistische Bewegungen der buddhistischen Stammesbevölkerung.

Die Regierung schlug ihrerseits der

Opposition vor, in diesem Kontext umstrittene Verfassungsfragen vor dem Obersten Gerichtshof behandeln zu lassen. Doch diese lehnte brüsk ab und verlagerte die Auseinandersetzung auf die Straße.

Die BNP und eine lose Allianz aus sieben rechtsgerichteten Pro-islamischen



Sitzt fest im Sattel: Premierministerin Hasina. Hier vor einem Porträt ihres Vaters, dem Staatsgründer Bangladeshs. (Foto: Walter Keller)

Gruppen motivierten seit Dezember 1997 ein halbes Dutzend Generalstreiks gegen das Friedensabkommen, aber ihr Versuch, damit breites öffentliches Interesse zu erregen, mißlang. Schließlich mobilisierte am 9./10. Juni die BNP ihre Anhänger und Aktivisten noch zu einem "Langen Marsch" von der Hauptstadt Dhaka zu der Grenzstadt Khagrachari (320 km).

Der "Marsch" geriet zur Groteske, zum einen wegen der geringen Beteiligung, zum anderen, weil viele führende BNP-Aktivisten es vorzogen, statt in der Hitze zu marschieren, sich in einem vollklimatisierten Luxusbus zum Zielort chauffieren zu lassen. Die Aktion verpuffte, ohne großes öffentliches Interesse erregt zu haben.

Darüberhinaus behauptete die BNP, daß Indien beim Abschluß des Vertrages die Finger im Spiel gehabt hätte. Delhi habe nämlich schon immer enge Beziehungen zu den Bergvölkern in Bangladesh unterhalten und bereits in der Vergangenheit versucht, sezzesionistische Bestrebungen mit Hilfe des größten Stammes, der ethnischen Chakmas, zu entfachen.

"Unsere Regierung will Bangladesh in ein anderes 'Sikkim' oder 'Bhutan' verwandeln, indem sie nach der Pfeife von Delhi tanzt", agitierte Frau Zia, die zwischen 1991 und 1996 die erste demokratisch gewählte Premierministerin ihres Landes gewesen war. Sie beobachtet einen zunehmenden Verfall der bilateralen Beziehungen zwischen Bangladesh und Indien.

Zia, im Verein mit fundamentalistischen islamischen Führern und früheren Pro-Peking-Sozialisten, beschuldigte Indien, Druck auf die Regierung in Dhaka ausgeübt zu haben, damit sie den Friedensvertrag mit der Guerilla Gruppe der 'Shanti Bahini' abschließt; letztere seien in der Vergangenheit verantwortlich gewesen für zahlreiche Massaker an ben-

galischen Siedlern. Den meisten dieser bewaffneten Kader würde nun, nach der im Abkommen fixierten und im Februar deklarierten Generalamnestie Gelegenheit gegeben, unbehelligt in ein normales Leben zurückzukehren. "Die Regierung hat die Mörder, Kidnapper und Terroristen mit Landschenkungen, freiem Essen und Jobs auch noch belohnt, während die bengalischen Siedler, die Opfer der Rebellenangriffe waren, sich nun in ihren Rechten beschnitten sehen" bemerkt Tanvir Ahmed Siddiqui, ein Mitglied des Politikplanungsausschusses der BNP.

Die Anti-Indien-Kampagne erreichte einen weiteren Höhepunkt im Mai, als die BNP unverhohlen sezzesionistische Bestrebungen in Nordostindien unterstützte, in Bundesstaaten, die entlang der Grenze zu Bangladesh liegen. Dazu gehörte auch das ölfreiche Assam. Delhi hatte seinerseits die frühere BNP-Regierung beschuldigt, pakistanischen Agenten die Ausbildung indischer Adivasi-Guerillas in Bangladesh erlaubt zu haben.

Die kommunalistische und Anti-indische Haltung der BNP machte sich bei den Wahlen am 12. Juni 1996 nicht bezahlt. Bekanntlich verlor sie die Wahl klar an die 'Awami League', die vorher einen zwar religionstolerierenden, aber säkular orientierten Wahlkampf geführt hatte. Obwohl die Religion eine große Rolle bei der muslimischen Mehrheitsbevölkerung des Landes spielt, verfiel die BNP-Kampagne bei ihr nur marginal, weil die Menschen anti-islamische Entwicklungen nicht feststellen konnten. Zudem wurde die BNP von der internationalen Öffentlichkeit, insbesondere von der Gemeinschaft der ausländischen Geberstaaten, mit einem Negativ-Image belegt, weil diese das Friedensabkommen in den Chittagong-Bergen und das Wasserabkommen mit Indien einhellig begrüßte.

Im Gegensatz zu jener Verschlechterung des Ansehens der BNP galt die Regierungschefin Hasina fortan als eine liberale, umgängliche und unkommunistische Politikerin, die den Mut besitzt, auch unpopuläre Schritte zum Wohle ihres Landes zu gehen und die sich auszeichnet durch Verständnis für gesellschaftliche Minderheiten und eine anti-fundamentalistische und-extremistische Position.

Hinzu kam, daß Hasinas internationale Anerkennung sogar noch wuchs, weil sie sich engagiert für Frauenrechte, Frauenbildung und "Frauen-Empowerment" einsetzte und sich damit in wohlthuender Weise von der Haltung der Islamisten in ihrem Land und anderswo abhob.

Während ihres bisherigen zweijährigen Wirkens als Premierministerin hat sich Hasina, die Tochter des Staatsgründers Mujibur Rahman, bemüht, das Vertrauen ausländischer Investoren in Bangladesh wiederzugewinnen und die 1995/96 verlorengegangene politische Stabilität wiederherzustellen. Jetzt hat sie die zweite Hälfte ihrer Amtszeit mit der Einweihung einer fünf Kilometer langen Brücke über den Jamuna (Brahmaputra) - die elftlängste Brücke der Welt - eingeläutet. Dieses Bauwerk ist gemeinsam von der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und Japan finanziert worden. Sie kostet das Land über 900 Millionen Dollar und vier Jahre wurde an ihr gebaut.

Hasina sagte, die Brücke verbinde die Nordwestregion von Bangladesh mit der des Südostens mittels einer asphaltierten Straße. Damit trage sie entscheidend zur nationalen Integration des Landes bei, statt politische Konflikte und ein Auseinanderdividieren der Gesellschaft zu bewirken, wie dies von religiösen Extremisten betrieben würde.

(Übersetzung: Bernd Basting)

Zur Situation der Wirtschaft

von Munirul Huq

Im Juni dieses Jahres wurde im Parlament von Bangladesh der neue Haushalt für das Finanzjahr 1998-99 verabschiedet. Bereits im Vorfeld sorgte die wirtschaftliche Situation des Landes für umfassende öffentliche Diskussionen.

In einem Bericht vom Mai 1998 kommen 'Weltbank' und 'Asian Development Bank' zu dem Ergebnis, daß zwar die wirtschaftliche Wachstumsrate in Bangladesh weiterhin auf hohem Niveau liegt, aber trotzdem unter ihrem Potential zurückbleibt. Im Finanzjahr 1997-98 wird das Brutto-Inlands-Produkt voraussicht-

lich um etwa 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Diese Rate ist jedoch nicht hoch genug, um in naher Zukunft einschneidende Veränderungen in der Massenverarmung und der Staatsverschuldung zu bewirken.

Eine der Hauptaufgaben für das neue Finanzjahr